

ARTICLES

MACIEJ MACKIEWICZ

AUTORITÄT ALS KRAFT UND REDEN ALS TATEN. ZUM WIRKUNGSPOTENZIAL DER DEUTSCHEN BUNDESPRÄSIDENTEN VON HEUSS BIS KÖHLER¹

Das Jahr der Präsidentschaftswahlen in Deutschland ist seit jeher eine Zeit, in der viel öfter auf die früheren Bundespräsidenten zurückgeblickt wird, und in der die politische Rolle des Bundespräsidenten als solchen intensiver denn je analysiert wird. Als Horst Köhler am 1. Juli 2004 das oberste Amt antrat, kamen erneut Fragen auf, was eigentlich der deutsche Bundespräsident mit seiner Person und seinem Amt darstellt und wie seine reale Wirkungskraft ist.

Verfolgt man einzelne rechts- und politikwissenschaftliche oder auch publizistische Beiträge zur Analyse der festgelegten und ungeschriebenen Kompetenzen des Bundespräsidenten, so fällt trotz manchen Meinungsverschiedenheiten eine im ganzen Spektrum der Stimmen präsenste Einhelligkeit auf: Der Bundespräsident verkörpert in seinem Amt eine Autorität. Gerade diese verleiht dem präsidentialen Amt eine besondere Kraft, so daß Dolf Sternberger schlußfolgert: „Es ist nicht die geringe Macht, es ist die

¹ Der Beitrag ist eine erweiterte Fassung des Referats gehalten an der 28. Annual Conference of the German Studies Association in Washington D.C. (6.-10. Oktober 2004).

reine Autorität, die das Präsidentenamt kennzeichnet.² Das Gewicht der präsidentialen Autorität erkennt ebenso Werner Kaltefleiter an: „Bundespräsidenten, die - wie das bei Theodor Heuss in seiner Zeit weitgehend der Fall war - über solche Autorität verfügen, könnten wesentlich zu einer langfristigen Stabilisierung des demokratischen Systems in Deutschland beitragen.“³

Diese Autorität kann sich zwar nicht mehr, wie in der Weimarer Republik, auf die Bestellung vom Volk berufen, sondern sie schöpft in erster Linie aus der überparteilichen Stellung des deutschen Staatshauptes. Diese „Neutralität“, die dem Bundespräsidenten auferlegt ist, schafft, falls sie eingehalten wird, die Voraussetzung dafür, daß er auch unbestritten bleibt⁴. Dennoch, so Sternberger, „bringt die Pflicht der Unparteilichkeit leicht die Gefahr der Unverbindlichkeit mit sich. Kein Bundespräsident mochte sich zur Meinungslosigkeit verurteilt sehen, jeder hat das prinzipiell ausgesprochen.“⁵

Autorität als wohl die wertvollste Komponente des präsidentialen Amtes, ist zugleich besonderen Gefahren ausgesetzt. Ein einziger Fehlgriff, der z.B. die Überparteilichkeit des höchsten Staatsbeamten in Frage stellen würde⁶, vermag einen Autoritätsverlust herbeizuführen, der sich bis zum Ausgang der Amtsperiode negativ auswirken kann. „Gerade dieses Amt verlangt von seinem Inhaber ein hohes Maß von Takt und Fingerspitzengefühl. Denn ein Mißerfolg auch in einer inoffiziellen Aktion kann seine Autorität beeinträchtigen (...).“⁷

Bei der Erörterung des Begriffs „Autorität“ muß auf seine doppelte Anbindung verwiesen werden. Einmal ist diese Eigenschaft ein Charakteristikum des bundespräsidentialen Amtes als solches. Dem Präsidenten als verfassungsmäßigem Staatsorgan, das vom Grundgesetz über der laufenden Parteienpolitik plazierte wurde, kommt das Attribut der Autorität quasi zwangsläufig zu. Nicht zu übersehen ist darüber hinaus ein spezifisches historisches Erbe, das dem Amt des Bundespräsidenten beigegeben ist und seine Autorität, auch wenn das nur psychologisch bedingt sein mag, noch stärken kann: „[...] der Präsident ist auch ein Wahlkönig, sein Amt ein Nachbild der konstitutionellen Monarchie. [...] Erblichkeit und Lebenslänglichkeit sind entfallen, die Rolle der symbolischen Einigungsfigur ist geblieben (...).“⁸

Zum anderen aber wird das Amt von einer ganz konkreten Person bekleidet. Die individuelle Veranlagung und die persönliche Repräsentation durch das jeweilige Staatsoberhaupt stellen die andere Autoritätsebene dar. Bei allen Handlungen setzt der Bundespräsident neben der Autorität kraft seines Amtes gleichermaßen seine persönliche Autorität ein. Dies trifft in erster Linie auf die öffentliche Rede zu, deren Einwirkungskraft im engen Zusammenhang mit der persönlichen Autorität des ersten Mannes der Republik steht.

² Dolf Sternberger: Den rechten finden; in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.6.1959 (zit. nach Kaltefleiter, S.200).

³ Kaltefleiter, S.243.

⁴ Ebd.

⁵ Dolf Sternberger: Auch Reden sind Taten; in: Sprache und Politik (Schriften, Bd.11); Frankfurt/Main 1991, S.59.

⁶ Wie bei Heinrich Lübke dies der Fall war, worauf später noch eingegangen wird.

⁷ Eschenburg (Staat und Gesellschaft...), S.649.

⁸ Sternberger (Auch Reden sind Taten), S.58.

Allerdings ist die Macht des gesprochenen Wortes im Falle des Bundespräsidenten von einer anderen Natur als bei Politikern, die engagierte Teilnehmer am machtpolitischen Kampf sind. Die öffentlichen Aussagen etwa des Bundeskanzlers können sofortige, sehr oft heftige Reaktionen der Öffentlichkeit, Parteien, ja der Wirtschaft oder des Finanzmarktes (selbst weltweit) hervorrufen. Der Bundespräsident dagegen führt keine Tagespolitik, bei ihm liegt nicht im geringsten Maße die Richtlinienkompetenz, was folgerichtig auch eine andere Gestaltung der Rede zur Folge hat.

Eine öffentliche Ansprache vermag die Stellung des Staatshauptes zu bestimmen, etwa politischen oder sozialen Fragen zu artikulieren, sie räumt ihm zugleich eine einmalige Chance ein, sich in dieser Stellungnahme als politisch neutraler Beobachter und Kritiker zu behaupten. Darüber hinaus reflektiert die Rede die moralische Haltung und persönliche Erfahrungen des Staatshauptes; damit verleiht sie dem offiziell höchsten Staatsorgan menschliche Züge. Die Rede kann in solch einem Fall als ein Mittel angesehen werden, das die Autorität des Bundespräsidenten fördert.

Berücksichtigt man jedoch die Eigenart des präsidentialen Amtes in der Bundesrepublik Deutschland mit seinen beschnittenen Kompetenzen, so erscheint die Rede des Bundespräsidenten als das Ziel schlechthin. In einem mittlerweile klassisch gewordenen Essay unter dem markanten Titel „Auch Reden sind Taten“⁹ mißt Dolf Sternberger den präsidentialen Worten eine fundamentale Bedeutung bei: „Die Ansprache des Bundespräsidenten hat keine weitere Handlung zum Ziel, sie ist selbst die Handlung“¹⁰. Die des öfteren zitierte, vielleicht pauschalisierende, dennoch weitgehend zutreffende Feststellung beruht auf der Erkenntnis, daß der Bundespräsident außerhalb des machtpolitischen Geschehens bleibt und sich nicht gezwungen, ja nicht berechtigt fühlt, um Wählerschaft zu kämpfen.

Stimmt man mit der Auffassung Sternbergers überein, so wird, zumindest im vorliegenden Fall, der auf Behaviorismus gründenden These widersprochen, nach der die politische Rhetorik in erster Linie ein Instrument zur Auslösung einer Handlung darstellt.¹¹ Daß viele der präsidentialen Reden doch eine gewisse „Handlung“, eine Reaktion beabsichtigen, belegen etwa „mahnende“ oder „warnende“ Auftritte der Bundespräsidenten¹², die gegenüber bestimmten Problembereichen die Gesellschaft oder Gesellschaftsgruppen zu konkreten Aktionen auffordern. Allerdings steht außer Frage, daß diese Art der Beeinflussung sich jeglichen Vergleichs mit den parteipolitische Interessen vertretenden Auftritten entzieht; sie soll von vornherein dem Allgemeinwohl dienen. Daß die Reden aber andererseits zur Handlung schlechthin werden können, wird in erster Linie dadurch begünstigt, daß der Bundespräsident die Position des „ersten Mannes“ der Bundesrepublik genießt und daß er von Entscheidungsaufgaben

⁹ Der Essay erschien ursprünglich 1979 als Einleitung zur Auswahl der präsidentialen Reden von Heuss, Lübke, Heinemann und Scheel („Reden der deutschen Bundespräsidenten Heuss/ Lübke/ Heinemann/ Scheel. München/Wien 1979). Allen hier angeführten Zitaten sowie Seitenangaben liegt eine spätere Ausgabe der gesammelten Schriften Dolf Sternbergers zugrunde: Dolf Sternberger: Sprache und Politik (Schriften, Bd.11); Frankfurt/Main 1991.

¹⁰ Sternberger (Auch Reden sind Taten), S.55.

¹¹ Vgl. hierzu: Detlef Grieswelle: Rhetorik und Politik. Kulturwissenschaftliche Studien; München 1978, S.47f.

¹² Wie etwa Reden Richard von Weizsäckers, die nach ausländerfeindlichen Anschlägen in Deutschland vor Xenophobie warnten und zur Solidarität aufriefen.

weitgehend entlastet ist und dafür seinen breit gefächerten Repräsentationsfunktionen nachgeht. Unabhängig jedoch von der jeweiligen Annahme, ob die bundespräsidiale Rede ein Auslöser der Handlung oder die Handlung selbst ist, gilt es zu betonen, daß die Rede das wichtigste Instrument des deutschen Staatsoberhauptes ist.

Richard von Weizsäcker weist in seiner ersten Antrittsrede 1984 darauf hin, daß die bundesdeutsche Verfassung ausführlich von den Rechten der Bürger spreche, Pflichten dagegen kaum erwähnt würden. Weiterhin folgert Weizsäcker, daß das Grundgesetz das Amt des Bundespräsidenten in umgekehrter Weise behandle: von seinen Befugnissen sei nur spärlich die Rede.¹³ Obgleich das Grundgesetz über Ansprachen des Staatshauptes kein Wort verliert, gehören sie einerseits in den Bereich der Pflichten (wie etwa bei offiziellen Staatsakten und Staatsbesuchen); zum anderen aber sind die öffentlichen Reden und Ansprachen des Bundespräsidenten vielmehr als gewichtiges Recht, ja als ein kaum zu unterschätzendes Privileg anzusehen.

Dem Anlaß, dem Zielpublikum sowie dem Einsatzgrad des Persönlichen entsprechend, lassen sich alle Reden des Bundespräsidenten generell in „offizielle“ und „inoffizielle“ einteilen. In den offiziellen Ansprachen vertritt der Bundespräsident den Staat, er spricht im Namen der Bundesrepublik Deutschland als ihr höchster Beamter. In den inoffiziellen Auftritten kommt neben seiner amtlichen Autorität viel stärker seine persönliche Autorität zum Ausdruck. Allerdings muß an dieser Stelle betont werden, daß eine Trennlinie zwischen dem offiziellen und inoffiziellen Auftritt (und somit zwischen der offiziellen und inoffiziellen Meinung) oft nur schwerlich zu ziehen ist. Von einem anderen Standpunkt aus könnte jede Äußerung des amtierenden Bundespräsidenten als „offiziell“ betrachtet werden. Solch ein Verständnis des präsidialen Wortes ließe sich mit Beispielen aus der Geschichte des Präsidentenamtes belegen¹⁴, die das beachtliche Gewicht jeder, manchmal anscheinend unwesentlichen Erklärung des Bundespräsidenten unter Beweis stellten und folgerichtig Fragen nach den Grenzen seiner Äußerungsfreiheit immer wieder herbeiführten.

Die Überzeugung von der relativen Souveränität der präsidialen Ansprachen wird von vielen Kommentatoren geäußert¹⁵, „da ihm [dem Bundespräsidenten] von der

¹³ Richard von Weizsäcker am 1. Juli 1984 im Deutschen Bundestag; in: Richard von Weizsäcker: Reden und Interviews. 1. Band; Bonn 1986, S.15.

¹⁴ Der bereits erörterte Fall Heinrich Lübkes, der sich 1965 in einem Interview eine persönliche Bemerkung zur Regierungsbildung erlaubte, was gravierende Konsequenzen zur Folge hatte, kann die These von der Unzulässigkeit der inoffiziellen Exkurse des Bundespräsidenten nur bestätigen. Von den neueren Ereignissen gebührt einer Beachtung die Kritik gegenüber Richard von Weizsäcker, die durch sein eindeutiges Plädoyer für Berlin als Hauptstadt ausgelöst wurde und mancherorts zu hören war. Vgl. Ekkehard Kohrs: Sein Wort verschaffte dem Amt weltweit Gehör; in: General-Anzeiger, 1.07.1994; Eberhard Jäckel in der Einleitung zu: Richard von Weizsäcker: Demokratische Leidenschaft: Reden des Bundespräsidenten. Hrsg. und eingeleitet von Eberhard Jäckel; Stuttgart 1994, S.14. Zum Manifest des Einsatzes Weizsäckers für Berlin wurde seine Dankesrede anlässlich der ihm verliehenen Ehrenbürgerwürde für ganz Berlin, die Richard von Weizsäcker am 29. Juni 1990 in der Nikolaikirche hielt. Außer Frage steht, daß Weizsäcker in der Hauptstadt-Debatte keine neutralen Grundsatzpositionen einnahm, es gilt jedoch zu betonen, daß er sich dabei ständig auf den Wortlaut des Grundgesetzes berief, das von Berlin als Hauptstadt des freien, vereinigten Deutschland spricht.

¹⁵ Vgl. hierzu Eberhard Jäckel in der Einleitung zu: Richard von Weizsäcker: Demokratische Leidenschaft: Reden des Bundespräsidenten. Hrsg. und eingeleitet von Eberhard Jäckel; Stuttgart 1994, S.9; Rausch, S.102, Sternberger (Auch Reden sind Taten), S.59.

Bundesregierung das Wort nicht verboten werden kann¹⁶. Allerdings wird dabei davon ausgegangen, daß der Bundespräsident jede Formulierung vermeidet, die politische Gegensätzlichkeiten zur Regierung anklingen ließe. Es sei eine Frage des politischen Stils und der Selbsteinschätzung, daß ein Bundespräsident den Weg der Konfrontation nicht geht.¹⁷

Die meisten Reden des Bundespräsidenten werden im Inland gehalten und richten sich an Deutsche, womit sie eine besonders verantwortliche Aufgabe zu erfüllen haben. Ulrich Scheuner charakterisierte die Reden Theodor Heuss' als ein „Stück politisch-pädagogischer Erziehungsarbeit“¹⁸. Da Heuss der erste Bundespräsident war und mit seiner zehnjährigen Amtszeit Maßstäbe setzte, die bis heute gelten, scheint es berechtigt, in den Reden aller deutschen Bundespräsidenten vornehmlich pädagogisch-erzieherische Inhalte zu erblicken. Obgleich zur Bewahrung des politischen Konsens in der Gesellschaft verpflichtet, ist der Bundespräsident gerade wegen der gehobenen und unparteilichen Stellung, auch kraft seiner Autorität durchaus dazu befähigt, Einfluß auf bestimmte politisch-soziale Prozesse im Lande zu nehmen. Die Reden können ganz konkrete Einstellungen bestärken, bestätigen oder kritisieren. Sie sind pädagogisch auch in dem Sinne, daß sie „nicht auf eine unmittelbar, sondern eine langfristig verändernde Wirkung abzielen“¹⁹.

Der Theorie über das präsidentiale Amt und die präsidentialen Reden muß immer die Praxis folgen und diese Praxis sind Menschen, deren persönliche Autorität unterschiedlich sein kann, und die gegebenenfalls auch verschiedene Amtsverständnisse vertreten. Daher ist jeder der bisherigen Amtszeiten eine individuelle Prägung verliehen worden.

Theodor Heuss, der erste Bundespräsident, der sein Amt zwei Perioden innehatte (1949-1959), prägte dieses zweifelsohne am nachhaltigsten und setzte Maßstäbe, die bis heute gelten - darüber sind sich politische wie juristische Kommentatoren einig.²⁰ Daß er der erste war, der dem abstrakten, vom Grundgesetz neu kreierten Bundespräsidentenamts seinen Namen verlieh und somit als erster die Interpretationsmöglichkeiten bei der Auslegung der ihn betreffenden Verfassungsartikel wahrnahm, spielte eine große Rolle. Es wird sogar die Meinung vertreten, daß die Variante des Präsidentenamtes, die in der Bundesrepublik geschaffen worden ist, auf zwei Traditionen zurückgreift: auf die deutsche Vergangenheit und eben auf die Prägung, die das Amt durch den ersten Amtsinhaber, Theodor Heuss erfahren hat.²¹ Heuss wurde zum Vorbild, zum Wegbereiter eines neuen Typus des Staatshauptes, und Äußerungen, die ihn als den besten von allen Bundespräsidenten bezeichnen²², sind keine Seltenheit. Es soll dahingestellt bleiben, inwieweit ein Präsident der Gründungsjahre der Bundesrepublik mit einem Amtsinhaber der siebziger, achtziger, oder neunziger Jahre verglichen werden kann.

¹⁶ Rausch, S.102.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Scheuner, S.52.

¹⁹ Jäckel, S.11.

²⁰ Vgl. Kaltefleiter, S.200, 204; Rausch, S.14; Scheuner, S.41.

²¹ Vgl. Rausch, S.14.

²² Sternberger (Auch Reden sind Taten), S.54.

Die Autorität, die Theodor Heuss bis heute genießt, wurzelt in seinem Amtsverständnis und nicht zuletzt in seiner Persönlichkeit. Repräsentation und Integration bedeuteten für ihn die vornehmsten Inhalte seines politischen Wirkens. Vor einer tagespolitischen Einwirkung hütete er sich konsequent. Diese Zurückhaltung Heuss' entsprach durchaus den Intentionen des Parlamentarischen Rates und bekräftigte nur die Forderung nach der Neutralität und Überparteilichkeit des Bundespräsidenten.²³ Heuss selbst sagte dazu: „Der Bundespräsident soll ja keine konkrete Tagespolitik machen, aber er möchte helfen können, ganz einfachen Einsichten [...] den Weg zur Verwirklichung zu erleichtern.“²⁴ Daß aber eine expansivere Ausübung der Funktionen des Staatshauptes auch möglich war, wird von der Literatur belegt²⁵. Selbst Konrad Adenauer rüttelte im gewissen Sinne an der Autorität Heuss', indem er 1959 sein Nachfolger werden wollte, um die präsidialen Rechte vollständig ausschöpfen zu können.

Theodor Heuss sah seine Einwirkungsmöglichkeiten eher im Geistigen und Persönlichen.²⁶ Auch mit dieser Auffassung erzielte er richtungsweisende Wirkung. Wohl kein anderes Amt in der Bundesrepublik verlangt seitdem von seinem Amtsträger einen derartigen Einsatz von persönlicher Autorität wie das präsidiale. Heuss wird als „geistiger Begleiter der Politik“²⁷ genannt und von seinen Eigenschaften einer besonderen Hervorhebung gebührt „der Zug des Menschlichen, des Humanen“²⁸. Wurde jedoch von manchen zeitgenössischen Kritikern „Geist“ von „Macht“ grundsätzlich getrennt, so erschien Heuss folgerichtig als kein ernstzunehmender Politiker, „kein Mann der Macht“²⁹. Als das wohl prominenteste Beispiel seiner Machtlosigkeit wird oft seine Niederlage in der Frage der Nationalhymne angeführt. Sein Gegenvorschlag zum Deutschlandlied konnte sich in der gegebenen politischen Realität nicht durchsetzen.

Da die „Ghostwriters“ zu Heuss' Zeiten im Bundespräsidialamt nichts zu suchen hatten, ist der zu vermutende persönliche Einsatz des ersten Bundespräsidenten beim Verfassen der Reden weitaus größer, als dies in den folgenden Amtszeiten der Fall war. Und deshalb wohl, obwohl die Reden gewichtigen Zielen nachgingen, wie etwa der Schaffung eines neuen Staatsbewußtseins, wirkten die Auftritte Heuss' so direkt, ja menschennah. Heuss' pädagogischer Ehrgeiz war zwar eindeutig, dennoch entartete er nicht zu einer autoritären Besserwisserei. Der Bundespräsident der ersten Stunde war nämlich selbst in seinen Reden „ein Mann des Dialogs“: „Er verstand es, in jeder Rede den Eindruck des Zwiegesprächs mit dem Zuhörer oder einer in der Rede angesprochenen Persönlichkeit zu schaffen.“³⁰ Diesen Effekt erreichte Heuss auf Schritt und Tritt, auch in der von ihm als äußerst wichtig erachteten Rede, gehalten im KZ Bergen-Belsen, in der er auf eine sehr einfache und direkte Weise jeden Anwesenden persönlich ansprach: „Saxa loquuntur, Steine können sprechen. Es kommt auf den einzelnen, es kommt auf dich an, daß du ihre Sprache, daß du diese ihre besondere

²³ Vgl. dazu: Kaltefleiter, S.200.

²⁴ Zit. nach: Pikart (Theodor Heuss...), S.343.

²⁵ Vgl. z.B. Kaltefleiter, S.274f.

²⁶ Vgl. Scheuner, S.48.

²⁷ Sternberger (Auch Reden sind Taten), S.54.

²⁸ Scheuner, S.55.

²⁹ Vgl. Wolfgang Jäger: Die Bundespräsidenten. Von Theodor Heuss bis Richard von Weizsäcker; in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 16-17 (1989), S. 34.

³⁰ Ebd., S.35.

Sprache verstehst, um deinetwillen, um unser aller willen!“³¹ Der symptomatische Gebrauch von „du“ erzeugte ein volksnahes Klima, allerdings weit entfernt von einer billigen Anbiederung; Authentizität seines Auftretens war eher die Folge, was wiederum die Autorität des Bundespräsidenten stärkte.

Der Amtsfolger Heuss', Heinrich Lübke (zwei Amtsperioden von 1959 bis 1969), suchte im Gegensatz zu seinem mittlerweile legendär gewordenen Vorgänger, präsidentiale Befugnisse extensiver auszulegen. Sein Ehrgeiz und seine machtpolitische Erfahrung als Bundesminister bewirkten, daß er sich „in der Askese vom Handeln“ nie wohlgeföhlt und „an diesen Schranken geröhlt“³² hat. Und da Adenauer gleichzeitig seit 1959 an Autorität in seiner Partei verlor, was wiederum zur Folge hatte, das die bislang geltenden Regeln der Kanzlerdemokratie in Frage gestellt wurden³³, bot sich Lübke die Gelegenheit, seine Verfassungsrechte voll auszuschöpfen und somit die Position des Bundespräsidenten zu stärken. Doch das Ergebnis fiel dann in entgegengesetzter Richtung aus: „Zuerst kam es zu ständig neuen Kontroversen über Rechte und Pflichten des Bundespräsidenten, anschließend verlor das Wort des Bundespräsidenten an Gewicht.“³⁴ Darüber hinaus führte Lübkes Bemühen um mehr Einfluß auf die Tagespolitik in den letzten Jahren seiner Amtszeit zum gewissen Autoritätsverlust. Es handelte sich dabei um die Autorität uneingeschränkter Neutralität, die Lübke verletzt haben soll, indem er in einem Interview im Dezember 1965³⁵ erklärte, er hätte bei der Regierungsbildung im Herbst 1965 eine große Koalition vorgezogen.³⁶ Dies wurde als ein Votum für eine Regierungsumbildung interpretiert und nach diesem Zwischenfall war Lübke kaum imstande, das sonst übliche Image eines überparteilichen Präsidenten wiederzuerlangen. Mit dem Autoritätsverlust entfiel zugleich der stabilisierende Faktor des höchsten Amtes in Deutschland, man konnte sich sogar des Eindrucks nicht erwehren, daß Lübke entbehrlich wurde.³⁷

Verfolgt man Analysen und Kommentare zur Lübkes Amtszeit, so erscheint auch seine rhetorische Tätigkeit als eine eher mittelmäßige Leistung. Vor allem hätte er, anders als Heuss, mit dem Instrument der Rede keine Brücken zwischen Politik und Geist zu schlagen vermocht³⁸. Als eine Art „Missionar“³⁹, als „Prediger der Werte der fünfziger Jahre“⁴⁰ wirkte er in den unruhigen sechziger Jahren wie ein machtloser Politiker, der noch von seiner Zeit überholt wurde. So verließ Lübke sein Amt als „der im eigenen Lande nicht hinlänglich geschätzte Prophet“⁴¹.

Gustav Heinemann (1969-1974) knüpfte mit seiner Amtsführung an das Amtsverständnis Theodor Heuss' an: Integration, einigende Wirkung waren seine

³¹ Theodor Heuss: Zur Einweihung des Mahnmals für die Opfer des Konzentrationslagers Bergen-Belsen (1. Dezember 1952); in: Reden der deutschen Bundespräsidenten Heuss, Lübke, Heinemann, Scheel. Eingeleitet von Dolf Sternberger. München/Wien 1979, S.23.

³² Sternberger (Auch Reden sind Taten), S.53.

³³ Vgl. Kaltefleiter, S.275.

³⁴ Kaltefleiter, S.276.

³⁵ Interview für die Schweizer Wochenzeitschrift „Weltwoche“.

³⁶ Kaltefleiter, S.240.

³⁷ So konnte die Regierungskrise im Herbst 1966 ohne Lübkes Mitwirkung gelöst werden. Vgl. Kaltefleiter, S.242.

³⁸ Vgl. Jäger, S.36.

³⁹ Vgl. Sternberger (Auch Reden sind Taten), S.XVIII.

⁴⁰ Jäger, S.37.

⁴¹ „Lübke. In Afrika freier“ (o.V.); in: Der Spiegel 50 (1968), S.134.

Priorität.⁴² Die Autorität überparteilicher Haltung wußte er zu pflegen und deren Notwendigkeit hob er noch einmal in seiner Abschiedsrede hervor: „Zu Hause soll der Bundespräsident unbeschadet eigener politischer Meinung über den Parteien stehen. Er soll zu allen Gruppen im Lande Föhlung halten und zu ihrer Zusammenarbeit beitragen.“⁴³ Da er den Abstand zwischen dem höchstem Staatsamt und den Bürgern eifrigst zu verringern suchte, nannte ihn der Volksmund „Bürgerpräsident“⁴⁴. Heinemann erinnerte an den Kern des bürgerlichen Verfassungsstaates und betonte immer wieder mit Nachdruck, daß im Mittelpunkt des Bonner Ordnungsgefüges „der mündige Bürger“ steht, und daß dieser Bürger „eigentlicher Inhaber aller Staatsgewalt“⁴⁵ ist. Diese feste Überzeugung des Sozialdemokraten Heinemanns von der grundlegenden Bedeutung der Bürger für die demokratische Ordnung fügte sich perfekt in die Rhetorik der neuen Politik Willy Brandts ein. Brandts „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ ist in die Geschichte eingegangen und wird allgemein als pointiertes Signal einer neuen Öffnung, einer neuen Ära der Bundesrepublik wahrgenommen. Es darf jedoch nicht vergessen werden, daß bereits am 1. Juli 1969, also knapp vier Monate vor der Regierungserklärung Brandts, Gustav Heinemann in seiner aus überparteilichen Positionen gehaltenen Antrittsrede den bisherigen Demokratisierungsprozeß bemängelte und appellierte: „Nicht weniger, sondern mehr Demokratie – das ist die Forderung, das ist das große Ziel, dem wir uns alle und zumal die Jugend zu verschreiben haben.“⁴⁶ Keine andere Antrittsrede war eine derartige Vorwegnahme dessen, was auch bald auf der Regierungsebene postuliert wurde. Im Laufe seiner Amtszeit schien Heinemann einerseits der Zeit des Umbruchs gewachsen zu sein, indem er sich mit der Protestgeneration zu verständigen versuchte⁴⁷, andererseits hatte er bei all seiner persönlichen Autorität (seine moralische Aufrichtigkeit wurde von keinem in Frage gestellt) nicht die Kraft zur politischen Integration des breiten politischen Spektrums zu verhelfen. „Konsensstiftende Funktion kam ihm in den Jahren äußerster parteipolitischer Polarisierung und heftigen Kulturkampfes nicht zu.“⁴⁸

Walter Scheels (1974-1979) Vorsatz war, stärker in die Politik einzugreifen und „seine Rechte als Bundespräsident bis an die Grenze der verfassungsmäßigen Kompetenzen, aber auch keinen Zoll darüber hinaus wahrzunehmen“⁴⁹. Der parteipolitischen Neutralität legte auch er eine besondere Bedeutung bei. Bewahrung dieser Neutralität fiel Scheel insofern leicht, als er, Mitglied und fünf Jahre Bundesvorsitzender der FDP, zuvor Regierungszusammenarbeit sowohl mit der CDU/CSU wie auch mit der SPD erfahren konnte. Diese Erfahrung ließ, nach seinen Worten, aus der Neutralität das werden lassen, was sie sein soll, „eine Bindung, die nicht Ferne, sondern Nähe zu allen

⁴² Vgl. dazu: Rausch, S.13; Sternberger (Auch Reden sind Taten), S.56.

⁴³ Gustav Heinemann: Abschiedsrede im Deutschen Bundestag. Bonn, 1. Juli 1974; in: Reden der deutschen Bundespräsidenten Heuss, Lübke, Heinemann, Scheel; München/Wien 1979, S.204.

⁴⁴ Vgl. Sternberger (Auch Reden sind Taten), S. 62; auch Heinemanns Abschiedsrede, S.204.

⁴⁵ Gustav Heinemann: 25 Jahre Grundgesetz. Ansprache beim Festakt im Deutschen Bundestag. Bonn, 24. Mai 1974; in: Reden der deutschen Bundespräsidenten... S.192f.

⁴⁶ Gustav Heinemann: Antrittsrede im Deutschen Bundestag. Bonn, 1. Juli 1969; in: Reden der deutschen Bundespräsidenten Heuss, Lübke, Heinemann, Scheel; München/Wien 1979, S.151.

⁴⁷ So unterstützte Heinemann selbst Rudi Dutschke bei dessen Übersiedlung 1971 an die dänische Universität Aarhus.

⁴⁸ Jäger, S.39.

⁴⁹ Rausch, S.14.

schafft“⁵⁰. Diese Nähe, und somit eine integrative Wirkung, erreichte Scheel nicht zuletzt durch seine Reden; bereits die Antrittsrede war, anders als bei Heinemann, eine versöhnende Geste für die parlamentarische Opposition; die Würdigung aller politischen Kräfte und derer Leistung in der Geschichte der Bundesrepublik kam bei ihm nicht zu kurz. Darüber hinaus wußte er, ähnlich wie Jahre später Richard von Weizsäcker, „ein ausgeprägtes Selbstbewußtsein der jungen Demokratie und den Stolz auf die Nachkriegsleistung“⁵¹ mit der expliziten Erinnerung an die düsteren Seiten der deutschen Geschichte zu verbinden. Zum 30. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges sagte Scheel prägnante Worte: „Wir nahmen es hin, daß unsere Freiheit, die Freiheit unseres Nächsten, die Freiheit unserer Nachbarn geschändet wurde. Wir nahmen es hin, daß unser Recht, das Recht unseres Nächsten, das Recht unserer Nachbarn mit Füßen getreten wurde. In unserem Namen geschah millionenfacher Mord an Juden, Zigeunern, Geisteskranken, politischen Gefangenen und vielen anderen.“⁵² Und ein Stück weiter: „Aber die deutsche Tragödie beginnt im Jahre 1933, nicht im Jahre 1945.“⁵³ Scheels Worte nehmen passagenweise vorweg, was Richard von Weizsäcker zehn Jahre später formulierte, und was erst dann so richtig um die Welt ging und gewaltige Resonanz fand. Die mangelnde Wirkungskraft der Scheelschen Worte liegt in diesem Fall auf der Hand. Zu Recht konstatiert zu diesem Paradox Matthias Rensing: „Nationale Geschichtsbilder und Geschichtsbewertungen haben anscheinend ihre ‚natürlichen‘ Konjunkturen, gerade in sensiblen Bereichen.“⁵⁴

Der unmittelbare Vorgänger Weizsäckers auf dem Präsidentenamt, Karl Carstens (1979-1984), ist „ins Unpolitische abgewandert“⁵⁵, was nicht allein die Intellektuellen so gesehen haben, sondern große Teile der allgemeinen Öffentlichkeit.⁵⁶ Man nannte ihn „einen netten Konservativen“, der sich während seiner Präsidentschaft vom Konzept leiten ließ, „einen möglichst guten Eindruck zu machen, keinen Streit zu haben, ein netter Präsident zu sein“⁵⁷. Unter diesem vorsichtigen Umgehen, das die Autorität vielleicht nicht gerade zu stärken, wohl aber zu bewahren vermochte, verstanden manche politischen Kommentatoren eine raffinierte Taktik, die es dem CDU-Mitglied Carstens möglich machte, „so unauffällig wie möglich für die Sache der Konservativen zu werben“ und die Politik der Union „unters Volk zu bringen“⁵⁸. Auch ziemlich „unauffällig“ waren, zumindest aus der langen, über zwanzigjährigen Perspektive betrachtet, die Qualität und Aussagekraft Carstens’ Reden. Eine „Sternstunde der öffentlichen Rede“⁵⁹ erlebte Carstens nicht. Damit war ebenfalls die Chance auf die Stärkung seiner bundespräsidialen Autorität verpaßt.

⁵⁰ Walter Scheel: Antrittsrede im Deutschen Bundestag. Bonn, 1. Juli 1974; in: Reden der deutschen Bundespräsidenten... S.209.

⁵¹ Jäger, S.41.

⁵² Walter Scheel: Zum 30. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges, 6. Mai 1975; in: Reden der deutschen Bundespräsidenten... S.228.

⁵³ Ebd., S.229.

⁵⁴ Matthias Rensing: Geschichte und Politik in den Reden der deutschen Bundespräsidenten 1949-1984; Münster/New York 1996, S.249.

⁵⁵ Gunter Hofmann: Ein Präsident fürs Prinzipielle; in: Die Zeit, 1.01.1988.

⁵⁶ Ebd.

⁵⁷ „Was schön ist. Ein Jahr Carstens“ (o.V.); in: Der Spiegel 19 (1980), S.26.

⁵⁸ Ebd.

⁵⁹ Jäger, S.43.

Den Begriff „Autorität“ mit Richard von Weizsäcker in Verbindung zu bringen, war in seiner zehnjährigen Amtszeit (1984-1994) beinahe eine Selbstverständlichkeit. Marion Gräfin Dönhoff nannte Bundespräsident Richard von Weizsäcker "eine Autorität auch ohne Macht"⁶⁰. Gerade in der persönlichen Autorität des Bundespräsidenten erblickte man sein vorbildliches Repräsentations- und Einwirkungsvermögen, wie das etwa Äußerungen Rita Süßmuths erkennen lassen, die als die Macht des Präsidenten Richard von Weizsäcker „die jeweils eingesetzte und ausgeübte persönliche Autorität, die moralische Integrität, [...] die gelebte politische Kultur,“⁶¹ ansah. All die Attribute haben wesentlich zur höchsten Leistung Weizsäckers Präsidentschaft verholfen: seine Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai 1985, obwohl im ersten Amtsjahr gehalten, war der Höhepunkt schlechthin. Weizsäcker sprach direkt zwar zu den Deutschen, wodurch sich seine Autorität im Lande bewähren konnte, allerdings ging keine der bundespräsidentialen Reden in der gesamten Geschichte der Bundesrepublik Deutschland so um die Welt, wie gerade diese, was Weizsäcker wiederum erst recht zur im Ausland anerkannten Autorität werden ließ. Dies trifft nicht zuletzt auf Polen zu, berechtigt scheint sogar die Behauptung, Weizsäcker sei der erste deutsche Bundespräsident der in Polen überhaupt wahrgenommen wurde. Im antikommunistischen Untergrund bot seine Rede reichlich Gesprächsstoff. Janusz Reiter, der ehemalige polnische Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland und damals ein Oppositioneller, erinnert sich: „Wir haben sie [die Rede] nicht nur aufmerksam gelesen, sondern geradezu studiert. Sie war auch deshalb so wichtig, weil sie sich nicht weigerte, im deutsch-polnischen Verhältnis eine Brücke zwischen historisch motivierter Versöhnungsbereitschaft und politischem Handlungsdruck zu schlagen. (...) Die Rede vom 8. Mai war für meine Generation in der damaligen *Solidarność* eins der Schlüsselerlebnisse in der Diskussion um das polnisch-deutsche Verhältnis.“⁶²

In ihrem Kern war die Rede ein Nachdenken über Verantwortung, und zwar in erster Linie über Verantwortung für Geschehenes. Die deutsche Schuldfrage scheute Weizsäcker nie, und gerade diese Rede machte weltweit deutlich, wie unvoreingenommen der Bundespräsident das Problem angeht. Obwohl Weizsäcker die kollektive Schuld für Nazi-Verbrechen grundsätzlich ablehnt und zur Rechenschaft jeden einzelnen damals mündigen Deutschen aufruft, läßt er unmißverständlich erkennen, wie sehr Deutschland mit der Schuld für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges und den Holocaust belastet ist, und wie beispiellos in der Geschichte diese Verbrechen waren. Weizsäcker leitet ferner zu einem weiteren Begriff von Verantwortung über: die Verantwortung für „Zu-Tuendes“. Alle Deutschen, selbst die jüngste Generation, seien für die Folgen der Vergangenheit verantwortlich. So wird Richard von Weizsäcker auch seinen pädagogischen Aufgaben im besonderen Maße gerecht. Der Redner warnt entschlossen vor einer Bewältigung der Vergangenheit im Sinne von Beendigung. Will

⁶⁰ Marion Gräfin Dönhoff: Eine Autorität auch ohne Macht; in: Die Zeit, 13.04.1990.

⁶¹ Rita Süßmuth am 23.Mai 1989, zit.nach: Schreiber, Hermann: Ganz oben und zugleich mittendrin; in: GEO 1 (1990), S.130.

⁶² Werner Filmer / Heribert Schwan (Hg.): Begegnungen mit Richard von Weizsäcker; München 1993, S.313-314.

man aus der Geschichte lernen, um kein Wiederholungstäter zu werden, so muß man „die Erinnerung wachhalten“⁶³ und der historischen Wahrheit „ins Auge schauen“⁶⁴.

Die 8.-Mai-Rede setzte Maßstäbe, denen sich Weizsäcker in den folgenden Jahren seiner Präsidentschaft verpflichtet fühlte. Diese Rede charakterisiert genau die durchaus konstanten politisch-ethischen Grundsätze, die später in vielen anderen Reden des Bundespräsidenten zum Vorschein kommen. Wie richtungsweisend Ansprachen wie diese wirkten, bezeugen Worte des damaligen Außenministers Hans Dietrich Genscher, der offen zugab: „Was der Bundespräsident über die Standortbestimmung der Bundesrepublik Deutschland gesagt hat (...) das ist etwas, was eine Richtungsbestimmung auch für unsere Außenpolitik ist.“⁶⁵ Sucht man also bei diesem Präsidenten Einwirkungspotenzial, so liegt es etwa im vorliegenden Fall auf der Hand. Auch wenn Genscher als Regierungsmitglied in seiner Einschätzung zu weit ging, ist schon allein eine unwillkürliche Zuweisung der Richtlinienkompetenz dem Bundespräsidenten einerseits ein Beleg dafür, wie groß seine Autorität war, und andererseits eine Bestätigung dessen, daß Weizsäcker äußerst politisch auch als Staatsoberhaupt blieb.⁶⁶

Verfolgt man derartige Urteile über Weizsäcker, die ihn zum Ausgang seiner Amtszeit als den Bundespräsidenten würdigten, der „wohl die größte Popularität nach innen und das größte Ansehen nach außen“⁶⁷ genoß, so wird das Ausmaß der Verantwortung deutlich, die Roman Herzog 1994 mit dem höchsten Amt übernommen hat. Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, von der CDU für das oberste Amt im Staat nominiert, hatte anfangs mit manchem Vorurteil zu kämpfen: „Daß er konservativ und provinziell sei, ungewandt und wenig kontaktfreudig, kaum geeignet, jemals aus dem Schatten Richard von Weizsäckers heraustreten zu können“⁶⁸. Dennoch gelang es Roman Herzog, bei seinem Abschied vom Amt als ein „Glücksfall“⁶⁹ bezeichnet zu werden. Allein die Erkenntnis, daß Herzog sich „auf eine ganz eigene Art als souverän“⁷⁰ erwies, läßt ebenfalls auf die sich bewährende Autorität dieses Bundespräsidenten schließen. Die berühmteste Rede Herzogs, die er am 26. April 1997 im Berliner Hotel „Adlon“ hielt sowie die Reaktionen⁷¹ auf diese Philippika, scheinen allerdings seine präsidiale Autorität endgültig und am nachhaltigsten unter Beweis zu stellen. Der Bundespräsident fordert in dieser „Berliner Rede“ eine innere Erneuerung Deutschlands und vermißt etwa soziale Reformen, die von Eliten in Politik und Wirtschaft nicht durchgesetzt wurden. Die Rede gipfelt „in einem später fast schon in den Kultstatus erhobenen Ausruf [...]: Durch das mental daniederliegende Deutschland [...] müsse endlich *ein Ruck* gehen“⁷². „Wir müssen Abschied nehmen von

⁶³ Richard von Weizsäcker: Der 8. Mai 1945. Ansprache bei einer Gedenkstunde im Plenarsaal des Deutschen Bundestages (8. Mai 1985); in: Ders.: Reden und Interviews. Band 1. Bonn 1986. S.284.

⁶⁴ Ebd. S.295.

⁶⁵ nach Jäger, S.45.

⁶⁶ Mehr zu präsidialen Reden Richard von Weizsäckers: Maciej Mackiewicz: Verantwortung, Erinnerung, Wahrheit. Zur Macht des Wortes am Beispiel der präsidialen Reden Richard von Weizsäckers. Frankfurt am Main/Berlin/Bern/Bruxelles/New York/Oxford/Wien 2002.

⁶⁷ Ekkehard Kohrs: Sein Wort verschaffte dem Amt weltweit Gehör; in: General-Anzeiger, 1.07.1994.

⁶⁸ Gerd Appenzeller: Alles ändert sich - und bleibt; in: Der Tagesspiegel, 1.07.1999.

⁶⁹ Ebd.

⁷⁰ Ebd.

⁷¹ Wie rege die Diskussion war, belegt etwa der Sammelband: Manfred Bissinger (Hg.): Stimmen gegen den Stillstand. Roman Herzogs „Berliner Rede“ und 33 Antworten; Hamburg 1997.

⁷² Hans-Joachim Noack: Abschied ohne Reue; in: Der Spiegel 21 (1999), S.33.

liebgewordenen Besitzständen. Alle sind angesprochen, alle müssen Opfer bringen [...].⁷³ Aus dem Präsidenten und aus dem Parteipapier, so ein Kommentar, habe der Zeitgeist gesprochen, den der alte Kanzler Kohl nicht mehr verkörpert habe.⁷⁴

Ob sich deutsche Politiker und andere prominente Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens diese harten Worte Herzogs zu Herzen nahmen, bleibt hier dahingestellt. Direkte Antworten und Polemiken gab es in Buchform⁷⁵, wichtiger jedoch erscheint die Tatsache, daß die Tradition der „Berliner Rede“ von Johannes Rau fortgesetzt wurde und mittlerweile zu einem „Label“ geworden ist, das größere Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich und somit auf die angesprochenen heiklen Themen richtet. Dies ist in erster Linie auf das Wirkungspotenzial der ersten, bereits historischen Rede Roman Herzogs zurückzuführen.

Für viele Polen galt Roman Herzog, soweit er bekannt war, als der zweite in Folge deutsche Bundespräsident, der Versöhnung zwischen beiden Völkern anstrebte und harte Worte dabei nicht scheute, die in Polen mit Genugtuung aufgenommen wurden. Gerade eine seiner ersten Reden hielt Herzog in Warschau anläßlich des Gedenkens an den 50. Jahrestag des Warschauer Aufstandes und allein mit diesem Auftritt schrieb er ein weiteres wichtiges Kapitel in der Geschichte der neuesten deutsch-polnischen Beziehungen: „Es erfüllt uns Deutsche mit Scham, daß der Name unseres Landes und Volkes auf ewig mit dem Schmerz und dem Leid verknüpft sein wird, die Polen millionenfach zugefügt wurden.“⁷⁶ Der prominente polnische Kommentator Adam Krzemiński würdigte diese Ansprache auch zehn Jahre danach und konstatierte zugleich, Herzog sei mit dieser Rede aus dem Schatten Helmut Kohls herausgetreten⁷⁷.

Abgesehen von einem gewissen „Wortbruch“ Roman Herzogs, als er nach der kategorischen Ablehnung der eventuellen Wiederwahl dann doch einmal eine zweite Amtsperiode erwog, was seine politische Festigkeit für manche zweifelhaft erscheinen ließ, wußte sich Herzog als eine in Deutschland weitgehend anerkannte Autorität zu behaupten. Seinem Nachfolger Johannes Rau, der das Amt 1999 antrat, fiel dies anfangs schwerer. Der SPD-Politiker, von dem Marion Gräfin Dönhoff direkt nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten schrieb, er sei klug, tolerant und besonnen⁷⁸, sollte schon in den ersten Monaten seiner Präsidentschaft einem Skandal zu Opfer fallen. Der einstige NRW-Ministerpräsident geriet wegen Mißbrauchs seines Düsseldorfer Staatsamtes für private Vergünstigungen in die Kritik. Die Flugaffäre, die die Schlagzeilen machte, rüttelte heftig an der Autorität des Bundespräsidenten. Bei dieser Gelegenheit wurde sogar nahegelegt, in Wahrheit sei Johannes Rau auch schon vor dieser Krise gekränkt gewesen, daß seine Arbeit als Präsident öffentlich kaum wahrgenommen wurde.⁷⁹ Die harte Kritik fand ihren Niederschlag auch in den präsidentialen Reden: „Es mußte den Bundespräsidenten ins Mark treffen, als einer seiner früheren Redenschreiber mit dem

⁷³ Roman Herzog: Aufbruch ins 21. Jahrhundert - „Berliner Rede“ vom 26. April 1997; in: Manfred Bissinger (Hg.): Stimmen gegen den Stillstand... S.28.

⁷⁴ Harald Martenstein: Man kann auch auf der Stelle rucken; in: Der Tagesspiegel, 1.07.1999.

⁷⁵ Siehe Anm. 69.

⁷⁶ Roman Herzog: Ansprache anläßlich des Gedenkens an den 50. Jahrestag des Warschauer Aufstandes in Warschau; 1.08.1994 (entnommen von der offiziellen Website des Bundespräsidenten: <http://www.bundespraesident.de>).

⁷⁷ Adam Krzemiński: Głowy od parady; in: Polityka 21(2004), S.60.

⁷⁸ Marion Gräfin Dönhoff: Rau hat gut angefangen; in: Die Zeit, 27.05.1999.

⁷⁹ Jürgen Leinemann: Der beleidigte Präsident; in: Der Spiegel 6 (2000), S.71.

Urteil zitiert wurde, Raus Äußerungen klingen *wie Klassiker von abgegriffenen Schellackplatten*. Tatsächlich hört er sich, wenn er vom Manuskript liest, so an, als wisse er schon, daß ohnehin keiner lauscht.⁸⁰ Ähnliche kritische Urteile über die erste Phase Raus Präsidentschaft waren auch später, am Vorabend seines Abtritts zu hören: „Er war der letzte Held des deutschen Stummfilms: In den ersten zwei Jahren seiner Amtszeit sah man Johannes Rau zwar agieren, hörte aber von ihm nichts. Man sah ihn reden, er hatte aber keine Stimme.“⁸¹ Derartige Kritik legt nahe, Rau sei in der ersten Hälfte seiner Amtszeit gar keine Wirkungs- und Einwirkungskraft gegönnt gewesen. Dieser These widerspricht zumindest eine Rede: die Ansprache vor der Knesset in Jerusalem, die schon im ersten Amtsjahr gehalten und selbst in Israel als „historisch“ bezeichnet wurde. Es waren Worte, die bewegen mußten und auf das deutsch-jüdische Verhältnis positiv einzuwirken vermochten: „Im Angesicht des Volkes Israel verneige ich mich in Demut vor den Ermordeten, die keine Gräber haben, an denen ich sie um Vergebung bitten könnte. Ich bitte um Vergebung für das, was Deutsche getan haben, für mich und meine Generation, um unserer Kinder und Kindeskinde will, deren Zukunft ich an der Seite der Kinder Israels sehen möchte.“⁸² So wie Richard von Weizsäcker mit seiner 8.-Mai-Rede und dem ersten Besuch eines deutschen Bundespräsidenten in Israel wichtige Impulse für den deutsch-jüdischen Dialog gab, so machte Johannes Rau mit seinem Auftritt vor der Knesset einen weiteren Schritt in Richtung Versöhnung.

In Polen war Johannes Rau ein heller Punkt in den eher gespannten deutsch-polnischen Beziehungen der Jahre 2003 und 2004. Die Reihe der deutschen Bundespräsidenten, die seit Weizsäcker Aussöhnung mit dem polnischen Volk zu ihren Prioritäten zählen, blieb mit der Person Raus ununterbrochen. Seine Rede vor beiden Kammern des polnischen Parlaments am Vorabend des EU-Beitritts Polens wirkte besonders natürlich und ehrlich an den Stellen, wo Rau Sympathie für Polen bekundete. „Das war mir eine Herzenssache“⁸³ – erklärte Rau die Tatsache, daß er als Präsident der Bundesrepublik Deutschland kein Land so oft besucht hat wie Polen. Solch ein Plädoyer wirkte lindernd in den Ohren der polnischen Zuhörer in einer Zeit, in der alte Geister wieder wach wurden und nach einer vorbildlichen Entwicklung in den 1990er Jahren das deutsch-polnische Verhältnis erneut belasteten. Weder Polens bedingungslose Unterstützung der US-Politik im Irak, noch der Streit um die EU-Verfassung hatten derartig negative Wirkung auf die bilateralen Beziehungen im menschlichen Bereich wie die Debatte um das Projekt eines Zentrums gegen Vertreibungen oder die Aktivitäten der Preußischen Treuhand, einer Vertriebenenvereinigung, die deutschen Vertriebenen helfen will, einstigen Besitz in Polen und der Tschechischen Republik zurückzuerhalten. Die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen Erika Steinbach wurde dabei zum schwarzen Charakter Nr. 1 sowohl unter den polnischen Eliten, wie auch in der breiten Öffentlichkeit. Johannes Rau wußte im Fall „Zentrum gegen Vertreibungen“ Empathie für entrüstete Polen zu zeigen und äußerte sich dazu unmißverständlich beim „Tag der

⁸⁰ Ebd.

⁸¹ Heribert Prantl: Chapeau, Herr Präsident, adieu!; in: Süddeutsche Zeitung, 28.06.2004.

⁸² Johannes Rau: Ansprache vor der Knesset ;16.02.2000 (entnommen von der offiziellen Website des Bundespräsidenten: <http://www.bundespraesident.de>).

⁸³ Johannes Rau: Rede vor beiden Kammern des polnischen Parlaments - "Deutschland und Polen - unsere Zukunft in Europa"; 30.04.2004 (entnommen von der offiziellen Website des Bundespräsidenten: <http://www.bundespraesident.de>).

Heimat" in Berlin. „Ich gestehe, daß mich der Ton und der Stil mancher Beiträge in dieser Debatte bedrücken“, sagte Rau. In Deutschland sei eine Debatte entbrannt, „die bei unseren Nachbarn manche beunruhigt und sorgenvoll stimmt. (...) All das führt doch nicht weiter. Das verringert unsere Gesprächsfähigkeit und bestärkt unsere Nachbarn in dem Verdacht, daß ihnen da nichts Gutes ins Haus steht - warum sonst würden schon die Deutschen selber so erbittert darüber streiten?“⁸⁴ Daß mit ähnlichem Statement die Aktien Raus in Polen hoch gingen, steht außer Frage⁸⁵.

Dieses Paradebeispiel der präsidentialen Wirkung im außenpolitischen Bereich macht einerseits deutlich, wie versöhnend Raus Worte klingen, und daß sie andererseits alles andere sind als fade, unverbindliche und nur nach dem diplomatischen Protokoll zugeschnittenen Floskeln. Dem neuen Bundespräsidenten Horst Köhler, dem „Mann aus der Wirtschaft“, stehen „Sternstunden öffentlicher Rede“, so sei gehofft, noch bevor. Allerdings erzielte Köhler gleich am Anfang seiner Amtszeit eine durchaus positive Wirkung in Polen, und zwar nicht in erster Linie mit seiner Tischrede beim polnischen Staatspräsidenten, in der er etwa wie sein Vorgänger auf Distanz zu Vertriebenen und ihren Ansprüchen ging, sondern überhaupt mit seinem Willen, Polen als erstes Land zu besuchen. Dennoch war dieser Besuch lediglich ein friedliches Interludium in dem sich zuspitzenden und zum Teil aggressiven Streit über den gegenseitigen Lastenausgleich. Köhlers Worte verhallten sehr schnell, zumal zwei Wochen später alle Aufmerksamkeit auf Gerhard Schröder und seine Rede zum 60. Jahrestag des Warschauer Aufstands gerichtet war. Erst in diesem Fall kam es zu regen Diskussionen, man kommentierte die Rede in den Medien, unter Politikern, auch unter kleinen Bürgern. Daß der deutsche Bundeskanzler die reale Macht darstellt, ist selbst in Polen allgemein bekannt, daher wundert die weitaus größere Resonanz von Schröders Auftritt kaum. Wie tief aber diese Rede gerade in der Tradition der präsidentialen Botschaft verankert war, bezeugt ein Kommentar der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“: „Herzog hatte 1994 die treffenden Worte gefunden (...). Daher konnte sich Schröder jetzt nicht nur in Herzogs Tradition stellen, sondern auch in die des ersten Bundespräsidenten Heuss. Der hatte in den fünfziger Jahren oft von ‚Kollektivscham‘ statt von der ‚Kollektivschuld‘ der Deutschen gesprochen. Die Scham bleibt auch nach sechzig Jahren - ebenso wie die Hoffnung auf Versöhnung und auf gute deutsch-polnische Beziehungen.“⁸⁶ Dieses Urteil belegt, allen Skeptikern zum Trotz, wie dauerhaft präsidentiale Worte sein können, und wie stark sie auch im Nachhinein die Autorität der ehemaligen Bundespräsidenten zu stärken vermögen.

⁸⁴ Johannes Rau: Rede beim Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen; 7.09.2003 (entnommen von der offiziellen Website des Bundespräsidenten: <http://www.bundespraesident.de>).

⁸⁵ Vgl. Adam Krzemiński: *Głowy od parady...*, S.60.

⁸⁶ Rainer Blasius: *Der Aufstand*; in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 02.08.2004, Nr. 177.